

# Welt der Arbeit

Ausgabe 12

www.weltderarbeit.de

15. September 2004

## WdA im September

In der Europäischen Union herrscht seltene Einmütigkeit: Im Verfassungsentwurf für die Gemeinschaft der 25 Mitgliedstaaten ist das Recht auf Freiheit des Unternehmertums verankert; von einer Sozialverpflichtung des Eigentums ist aber nirgends die Rede. Wundert sollte das niemanden, denn die Offensive des Kapitals zur Minderung der Einkommen und der Rechte von abhängig Beschäftigten ist keine bundesdeutsche Besonderheit; die Offensive findet global und bestens koordiniert statt. Auch die Gewerkschaften müssen in die Offensive gehen statt in der Defensive zu verharren. Protest-Demos reichen nicht. Neue Ideen sind gefragt; Aktion statt Reaktion! – Mehr dazu auf den Folgeseiten.

## Inhalt dieser Ausgabe

### **Die Offensive des Kapitals**

Seite 1

### **Europäische Union: Verfassung ohne Volksentscheid?**

Seite 2

### **Förderprogramm für Vermögende**

Seite 3

### **Standort Deutschland**

Seite 4

### **Viele Arme**

werden noch ärmer

Seite 5

### **Gegen den neoliberalen Strom**

Seite 6

### **Kultur: Demokratie und Mitbestimmung**

Seite 7

### **Europas neue Sklaven, Der Lügenpräsident, Ausbil- dungspakt gescheitert**

Seite 8

### **Siemens und die Folgen, Buch-Tipp, Kommentar, Impressum**

Seite 9

## Die Offensive des Kapitals

Die Forderungen werden immer dreier: längere Arbeitszeiten ohne Bezahlung, weniger Urlaub, Lohn- und Gehaltsverzichte, Kürzung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Abschaffung des Kündigungsschutzes, Abschied vom „Irrweg der paritätischen Mitbestimmung“, weniger Rechte für Betriebs- und Personalräte, Wegfall verbindlicher Tarifverträge, Erweiterung des Niedriglohnssektors, weniger Arbeitsschutz, rigoroser Sozialabbau. In einem Propagandafeldzug ohne Beispiel wird täglich behauptet: Diese Maßnahmen sind ohne Alternative!

Die angeblich „notwendige Modernisierung“ wird den Belegschaften in vielen Unternehmen mit raffinierten Strategien verkauft. Bei VW heißt es „ForMotion“ („Für Bewegung“), bei Karstadt-Quelle „Challenge“ („Herausforderung“) und beim Energieriesen Eon „OnTop“. Die Absicht ist klar: Die neuen Wortschöpfungen klingen schon im Deutschen besser als Begriffe wie Kostendruck, Stellenabbau oder schlankere Produktionsstrukturen.

Es geht aber nicht um eine Anpassung an unvermeidbare Änderungen der Produktionsbedingungen. Und die Beschäftigten müssten sich im Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitsplätze im Grunde keineswegs nur auf ein wenig Sozialabbau oder auf ein etwas niedrigeres Tarifniveau einstellen. Sie haben es vielmehr mit einem systematischen und anhaltenden Angriff auf die gesamten Grundlagen des Arbeits- und des Tarifrechts sowie der Sozialsysteme zu tun. Denn für Kapital und Politik geht es um mehr: Ihre gut koordinierte, aggressive Offensive soll die Rechte abhängig Beschäftigter und Unterstützungsbedürftiger dauerhaft einschränken oder gar vollkommen beseitigen.

Steuerentlastungen und die Reduzierung von Arbeitskosten sollen die Unternehmer und Vermögensbesitzer veranlassen, wieder in Arbeitsplätze zu investieren. Geld ist jedoch genug vorhanden. Die Vermögensbildung bei

den Reichen ist dem Wirtschaftswachstum längst davon gelaufen. Die Schere zwischen der realen Wertschöpfung und den privaten Geldvermögen öffnet sich immer weiter. Durch Steuererminderung und Erhöhung des Nettoeinkommens sind die Vermögenden, die über ein Jahreseinkommen von rund einer Million Euro verfügen, zwischen 1998 und heute um mindestens 22 Prozent gestiegen. Dagegen liegt die Steigerung bei Jahreseinkommen von etwa 20.000 Euro nur bei gut sechs Prozent. Das Kapital flüchtet nicht ins Ausland, weil bei uns die Steuern oder Löhne zu hoch sind, sondern weil weder die Mehrheit des Volkes noch der Staat genügend Geld haben, um das zu kaufen, was hierzulande produziert werden könnte.

Weil der eine Teil der Gesellschaft übermäßig viel Kapital anhäuft, kann der andere Teil zu wenig ausgeben. Deutschland leidet nicht unter zu hohen Löhnen und Sozialausgaben, sondern an einer falschen Verteilungspolitik. Ab Januar kommenden Jahres erhalten Arbeitslose deutlich weniger oder gar keine Arbeitslosenhilfe mehr. Zum gleichen Zeitpunkt wird der Spitzensteuersatz für Menschen ab 52.000 Euro Jahreseinkommen von 45 auf 42 Prozent gesenkt. Das kostet den Staat rund 2,5 Milliarden Euro – jedes Jahr! Das ist absurd und ein Skandal!

Mit volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten hat die Offensive des Kapitals absolut nichts zu tun. Es geht in diesem Raubtierkapitalismus vor allem um eine deutliche Steigerung der Eigenkapitalrenditen und um Bereicherung. Die wirtschaftliche Wertschöpfung wird auf die Erfüllung der Ansprüche der Vermögensbesitzer reduziert. Die Gewerkschaften müssen endlich begreifen, dass der notwendige Kampf gegen die Kapitaloffensive von Dauer sein wird. Dazu ist eine Repolitisierung der gewerkschaftlichen Arbeit in allen Vorständen, in den Betrieben und Verwaltungen dringend erforderlich.

Franz Kersjes

## Europäische Union

# Verfassung ohne Volksentscheid?

Mehr als zwei Jahre haben alle Regierungschefs und zahlreiche Experten an dem Entwurf für eine Verfassung der Europäischen Union gebastelt. Über die Annahme muss nun in den 25 EU-Mitgliedstaaten entschieden werden, bevor die Grundrechte in zwei bis drei Jahren in Kraft treten können. Aber über die Inhalte wird in der Öffentlichkeit so gut wie nicht diskutiert. Auch in den Gewerkschaften scheint die vorgesehene EU-Verfassung kein Thema zu sein. Offensichtlich haben sich die europäischen Gewerkschaften mit dem Verfassungsentwurf abgefunden.

Im Gegensatz zur häufig betonten Balance zwischen Privatwirtschaft und sozialer Gerechtigkeit ist die Wirtschaftspolitik der EU „dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb verpflichtet“. Die Grundrechtecharta kennt weder ein Recht auf Arbeit noch ein Recht auf Einkommen. Im Übrigen sind die sozialen Grundrechte sehr schwammig formuliert und werden durch den Hinweis auf die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften relativiert. Im Entwurf ist die Rede vom „Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten, die in Fällen wie Mutterschaft, Krankheit, Arbeitsunfall, Pflegebedürftigkeit oder im Alter sowie bei Verlust des Arbeitsplatzes Schutz gewährleisten, nach Maßgabe des Unionsrechts und der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten“. Anders als etwa das Grundgesetz unseres Landes kennt die Grundrechtecharta weder die Sozialpflichtigkeit des Eigentums noch ein

Friedens- und Sozialstaatsgebot. Dagegen enthält die künftige Verfassung der Europäischen Union das Recht auf die Freiheit des Unternehmertums.

Das einseitig auf Unternehmerinteressen ausgerichtete Europa zwingt die Mitgliedstaaten auch, einen Beitrag zur Aufrüstung zu leisten. „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern. Es wird ein Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors“, heißt es im Verfassungsentwurf.

Eine europäische Verfassung, die von den rund 450 Millionen Menschen akzeptiert werden soll, setzt eine europäische Öffentlichkeit voraus. Dazu müssten die Gewerkschaften verstärkt auch eigene Beiträge liefern. Aufklärung findet aber weitgehend nicht statt! Die Bundesregierung hat bislang ein Referendum über die Verfassung strikt abgelehnt. Nun will sie doch eine Initiative einleiten. Die SPD geht dabei aber von einer Ablehnung durch die Union aus, obwohl 81 Prozent der Bundesbürger einen Volksentscheid wollen. Bereits im rot-grünen Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2002 heißt es: „Wir wollen die demokratische Teilhabe fördern und deshalb unser Ziel, Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid

auf Bundesebene einzuführen, auf der Basis des Gesetzentwurfs der 14. Legislaturperiode weiter verfolgen“. Gesetzesinitiativen der Regierung oder des Parlaments sollten allerdings nicht zur Volksabstimmung gestellt werden können. Die damalige Überlegung war, nur das Volk als Urheber von Volksbegehren zuzulassen. Der Gesetzentwurf hatte kurz vor der Sommerpause 2002 zwar die Mehrheit des Bundestages bekommen, aber wegen der Ablehnung durch CDU/CSU die für eine Grundgesetzänderung erforderliche Zweidrittelmehrheit verfehlt.

Die Angst vieler Politiker vor dem Volk ist immer dann besonders klar erkennbar, wenn gegen die Mehrheit der getäuschten Wählerinnen und Wähler regiert wird. Es war schon ein Skandal, als die Kohl-Regierung nach der so genannten deutschen Wiedervereinigung keine Volksabstimmung über das geänderte Grundgesetz zuließ. Auch jetzt werden Grundrechte ohne Beteiligung der betroffenen Menschen verändert. Zwar löst die EU-Verfassung das Grundgesetz nicht vollständig ab, doch beschränkt sie die nationale Souveränität erheblich. Da die Entwicklung der EU inzwischen weit über den Bereich der ursprünglichen Wirtschaftsgemeinschaft hinausgeht, ist eine Volksabstimmung über einen Verfassungsentwurf unverzichtbar. Eine öffentliche Debatte über die einseitige Ausrichtung der Charta im Interesse neoliberaler Ziele muss den notwendigen Widerspruch auslösen. Der vorgelegte Entwurf ist nicht akzeptabel.

Franz Kersjes

## Förderprogramm für Vermögende

Die Schulden der öffentlichen Haushalte sind im vergangenen Jahr auf mehr als 1,3 Billionen Euro gestiegen. Nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes mussten Bund, Länder und Gemeinden verstärkt kurzfristig Kredite aufnehmen, die in der Etat-Planung nicht vorgesehen waren. Die nach wie vor flauere Konjunktur, der geringe Lohnanstieg und die Steuersenkungen drücken auf die öffentlichen Einnahmen. Der Staat zahlt 66,2 Milliarden Euro Zinsen im Jahr, das sind elf Prozent der gesamten Staatsausgaben. Der Anteil der Steuern für Zinszahlungen ist in den vergangenen zwölf Jahren von 13,7 auf 16 Prozent gestiegen. Zusammen reichen die Erbschaftssteuer, die Grundsteuer, die Gewerbesteuer, die veranlagte Einkommenssteuer, die Körperschaftssteuer und die Kapitalertragssteuer mit einem Aufkommen von derzeit etwa 64,9 Milliarden Euro nicht einmal aus, um die Zinsen in Höhe von 66,2 Milliarden Euro zu finanzieren.

Wer kassiert die Zinsen? Die Antwort auf diese Frage ist eines der bestgehüteten Geheimnisse dieser Republik. Lediglich die Bundesbank veröffentlicht eine sehr grobe Statistik. Danach kreditierten die Banken rund 532 Milliarden, Nichtbanken 228 Milliarden und das Ausland 512 Milliarden Euro. Es ist nicht auszumachen, wie viele Bundesbürger mit Konten bei Auslandstöchtern inländischer Banken sich hinter diesen Zahlen verbergen.

Die steuerlichen Belastungen der Unternehmen sind im Zuge der rot-grünen Steuerreformen dramatisch gesunken. Profitiert haben davon besonders die Kapitalgesellschaften. In einem Fern-

sehinterview erklärte Professor Lorenz Jarass, Wirtschaftswissenschaftler an der Fachhochschule Wiesbaden: „Im Dezember 1999 hat die Bundesregierung auf massiven Druck der Opposition und der Industrieverbände den großen Konzernen ein für alle völlig überraschendes großes Weihnachtsgeschenk gemacht. Die Veräußerungsgewinne sollten in Zukunft ganz steuerfrei gestellt werden, obwohl am Bankenplatz Frankfurt man völlig zufrieden gewesen wäre, wenn künftig Veräußerungsgewinne nur noch zur Hälfte versteuert werden können“.

Die massiven Abschreibungsmöglichkeiten haben die Konzerne gern genutzt, um Aktienkursverluste vom Steuerzahler ausgleichen zu lassen. Dazu einige Beispiele: Durch Abschreibung kann Vodafone voraussichtlich bis zu 20 Milliarden Euro Steuern sparen. Auch die Deutsche Telekom spart 7,5 Milliarden Euro Steuern. Und der Bayer-Konzern zahlt immerhin eine Milliarde Euro weniger Steuern - ganz legal dank der beschlossenen Steuer-geschenke. Inzwischen hat die Bundesregierung eine Mindestbesteuerung der Konzerngewinne durchgesetzt. Doch das verringert lediglich die Steuerausfälle.

Viele Unternehmen haben in geradezu abenteuerlicher Höhe Verluste angesammelt. Zur Abschreibung stehen rund 450 Milliarden Euro an. Die dadurch ausgelösten Steuerausfälle verschärfen die Finanzkrise des Staates. Dazu erklärte Professor Jarass: „Dieser Verlustvortrag von 450 Milliarden Euro bedeutet, dass bis zu 180 Milliarden Euro Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer nicht gezahlt werden müssen. Durch die jetzt eingeführte Min-

destbesteuerung wird diese Steuervergünstigung reduziert auf gut 100 Milliarden Euro“. Das sind viele Milliarden, die Ländern und Kommunen fehlen. Für die Renovierung von Schulen und Straßen, für den Betrieb von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen ist kein Geld mehr da. Viele Städte müssen Haushalts-sperren verhängen, weil Politiker die Folgen ihrer Gesetze nicht bedacht haben und weil Konzerne dieses Versäumnis schamlos ausnutzen.

Nirgendwo in Europa gibt es mehr Superreiche als in Deutschland. Nach einem Bericht im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* verfügten im Jahr 2002 rund 4000 Einzelpersonen über ein liquides Vermögen von mehr als 30 Millionen Euro. Nach Schätzungen von Experten werden bis zum Jahr 2010 in Deutschland 2 Billionen Euro vererbt. Initiativen zur Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer hat die Regierung bis heute nicht vorgelegt. Es gibt hingegen eine Vielzahl von legalen Instrumenten zur Steuervermeidung, die sich überwiegend als Privilegien auf die Bezieher hoher Einkommen und auf die Unternehmenswirtschaft beziehen. Sie nutzen den Rat und die Tricks von Fachleuten, um Steuern zu vermeiden. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich eine Art Steuerindustrie entwickelt, in der mittlerweile mehr als 71.000 Steuerberater und Rechtsanwälte beschäftigt sind. Der durchschnittliche Jahresumsatz eines Beraters wird auf 250.000 Euro geschätzt. Multipliziert mit ihrer Zahl, ergibt sich

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Glosse**Standort Deutschland**

Wenn die Reformen nicht schnellstens von der langen Bank geschoben werden, haben wir eines Tages überhaupt keine Unternehmer mehr im Lande. Dann sind sie alle weg. Nach Polen, Indien, Kaukasien und China. Die Ausbeutung der Leistungsträger geht auf keine Kuhhaut mehr. Die Unternehmer reißen sich den Arsch auf, machen 60 Stunden am Tag, wenn ihre Belegschaften ins verlängerte Wochenende gehen, ist für den normalen Chef gerade erst mal Mittwoch. Und als Dank dafür wird er ausgepresst wie eine Zitrone: Umsatzsteuer, Energiesteuer, Vermögenssteuer, Kapitalertragssteuer, Löhne, Lohnfortzahlung, Sozialversicherung, Krankenversicherung, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Betriebsräte freigestellt und die Hälfte der Frauen schwanger. So dreckig ging es früher nur dem Lumpenproletariat. Karl Marx würde heute ein Manifest gegen die Verelendung des Kapitals verfassen müssen.

Das Besitzstandsbeharren der Arbeitnehmer hat dramatische Züge angenommen. Statt sich der Globalisierung anzupassen, ein Beispiel zu nehmen an den Menschen in Kairo, Rio oder Mexiko-City. Dort lebt man glücklich auf seinen Müllhalden, tanzt, singt und vollbringt Kunststücke. Das geht auch, ohne dass einem fortwährend Millionen in den Arsch geschoben werden.

Bei uns ist die Arbeitgeberklasse der letzte Dreck. Viele tragen schon Anzüge aus der Altkleidersammlung und ernähren sich von Tüten-Suppen. Unter den Rheinbrücken von Düsseldorf und Köln kampieren bereits die ersten insolventen Mittelständler. Und in einer Erdhöhle von Meerbusch hausen 20 ehemalige Top-Manager unter Ratten und Feuersalamandern.

So sieht das nämlich aus mit dem Turbo-Kapitalismus. Aber wehe einer weist darauf hin, dann heißt es gleich, was der für eine Scheiße labert....

Euer  
Reiner Taudien

Weitere Beiträge von Reiner Taudien unter Gastbeiträge in  
[www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)

**Fortsetzung von Seite 3**  
eine Summe von knapp 18 Milliarden Euro.

In der Bekämpfung der Steuerflucht sind die staatlichen Organe allerdings wenig erfolgreich. Lediglich 3 Milliarden Euro Schwarzgeld wurden im vergangenen Jahr von den 2.500 deutschen Steuerfahndern aufgespürt. Mindestens doppelt so viele Fahnder wären für einen durchschlagenden Erfolg nötig. Wesentlich mehr Fahnder stehen dagegen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit zur Verfügung. „Die kleinen Arbeiter werden von den Gerüsten geholt, und die Schwarzgeld-Millionäre bleiben unentdeckt“, erklärt der Chef der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, in einem Zeitungsbericht. Mehr als 150 Milliarden Euro liegen nach einer internen Schätzung der Steuergewerkschaft zurzeit auf Depots in der Schweiz. In anderen Steueroasen dürfte es noch einmal so viel Schwarzgeld aus Deutschland geben.

Die Steuerzahler finanzieren aber nicht nur die Steuergeschenke, sondern auch noch die Subventionen für die Unternehmen. Häufig kassieren Firmen sogar mehr Subventionen als sie Steuern bezahlen. Wenn dann die subventionierten Betriebe liquidiert und die Aufträge ins Ausland verlagert werden, muss bislang kein Unternehmen die Fördermittel zurückzahlen. Übrigens gibt es für die Schaffung von Arbeitsplätzen an den neuen Standorten oft noch einmal Subventionen. Diese Politik zur Förderung des Reichtums ist ein Skandal! Dagegen sollten sich die so genannten kleinen Steuerzahler in lautstarken Massenprotesten erheben.

Franz Kersjes

## Viele Arme werden noch ärmer

Im Bürokratendeutsch heißt es das „4. Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Arbeitslosengeld II)“. Mit dem Wegfall der Arbeitslosenhilfe werden rund 2,1 Millionen Bezieher/innen zu Bedürftigen deklassiert, die künftig ihren „Bedarf“ auf Hilfe zum Lebensunterhalt nachweisen müssen. Die meisten Betroffenen haben oft jahrzehntelang monatlich 6,5 Prozent vom Bruttoeinkommen gezahlt und erhalten nun gerade mal für ein Jahr Arbeitslosengeld. Das ist oft weniger als sie eingezahlt haben. Wo ist das Geld geblieben?

Mehr als ein Drittel des Haushalts der Bundesagentur für Arbeit (36,7 Prozent) wird gar nicht für das Arbeitslosengeld verwendet, sondern für „arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ und versicherungsfremde Leistungen.

75 Prozent der Menschen, die zurzeit noch Arbeitslosenhilfe beziehen, werden vom 1. Januar 2005 an weniger oder gar kein Geld mehr bekommen. Die Bundesregierung schätzt, dass etwa eine halbe Million von ihnen keinen Anspruch auf Unterstützung haben, weil das Partner-einkommen oder das Vermögen „zu hoch“ sind.

Arbeitslose werden von der Politik bestraft für unverschuldete Arbeitslosigkeit. Viele haben bereits Hunderte von Bewerbungen geschrieben - ohne Erfolg. Aber die Politik tut so, als gäbe es nur ein Vermittlungsproblem. Doch wo sind die neuen Arbeitsplätze? Täglich werden welche vernichtet. Der Paritätische Wohlfahrtsverband rechnet damit, dass in Deutschland die

Zahl der Armen durch die Gesetzesänderung von 2,8 auf 4,5 Millionen steigt. Die Zahl der betroffenen Minderjährigen wird sich nach Schätzung von Experten von derzeit 500.000 auf 1,5 Millionen verdreifachen.

Wer Arbeitslosenhilfe II beantragt, muss auf 16 Seiten detailliert über das Haushaltseinkommen und über das Vermögen der „Bedarfsgemeinschaft“ Auskunft geben. Bei der Umsetzung der Neuregelung will sich die Bundesagentur für Arbeit auch mit Finanzämtern, Rentenversicherungsträgern und Krankenkassen über die Frage austauschen, ob die Angaben der Arbeitslosen stimmen. Die Vermögensverhältnisse von Erwerbslosen sollen sehr genau geprüft werden. Da stellt sich jedem gerecht Denkenden die Frage: Wird künftig auch das Bankgeheimnis für die Reichen abgeschafft, und wird die Steuerflucht wesentlich besser bekämpft als bisher?

Die finanziellen Leistungen des Staates werden drastisch reduziert, die Zahl der Bedürftigen steigt erheblich. Die Antwort der Politik auf diese Fakten kennen wir: Weil die Einnahmen des Staates erheblich gesunken sind, müssen Sozialleistungen gekürzt werden. Aber warum sind die Einnahmen des Staates gesunken? Die steigende Arbeitslosigkeit ist nur eine Ursache. Wesentlich mehr haben die Einnahmenverluste des Staates mit der Steuerpolitik zugunsten der Konzerne und der Besserverdienenden zu tun.

Künftig müssen erwerbsfähige Unterstützungsempfänger jeden Job annehmen, auch wenn er in einem anderen Bundesland liegt!

Selbst Niedriglohnangebote dürfen nicht mehr abgelehnt werden, sonst droht eine Kürzung der Hilfe um bis zu 30 Prozent. Die Bezahlung für diese Niedriglohnjobs liegt oft deutlich unter fünf Euro die Stunde. Der Wirtschaftslobby und ihren Propagandisten in den Parteien und Medien sind diese Zwangsmaßnahmen immer noch nicht ausreichend. CSU-Generalsekretär Markus Söder betonte im Deutschlandfunk: „Das sind nur ganz, ganz kleine Schritte!“ Man brauche keine Einzelreformen, sondern ein Bündel von Maßnahmen und eine große Steuerreform. CDU-Politiker finden auch Drecksarbeit für Arbeitslose zumutbar. „Warum sollen Arbeitslose nicht Spielplätze sauber halten, die häufig mit Hundekot, Glasscherben und Drogenspritzen verschmutzt sind?“, sagt CDU-Bundesvorstandsmitglied Henrik Wüst der „Bild“ Zeitung.

Siegfried Broß, Richter am Bundesverfassungsgericht, erklärt dagegen: Das Sozialstaatsgebot werde verletzt, weil durch die Gesetzesänderung mehr als eine Million Arbeitslose massiv schlechter gestellt werden, ohne dass der Staat ihnen Jobs anbietet. Die Protestwelle, die Arbeitsagentur-Chef Frank-Jürgen Weise erst für die Zeit nach Inkrafttreten von Hartz IV voraus sagte, hat sich bundesweit bereits lange vorher bemerkbar gemacht. Hartz IV werde außerdem, so Weise, ein Anwachsen der registrierten Arbeitslosen um bis zu 300.000 verursachen. – Fazit: Es fehlen immer mehr Arbeitsplätze! Und die Agenda 2010 wird die Situation weiter verschlechtern.

Franz Kersjes

## Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung **Gegen den neoliberalen Strom**

Einen starken Kontrapunkt hat ver.di in der scheinbar endlosen Debatte um die Auflösung von Tarifbindungen und Verschlechterung der Arbeits- und Entgeltbedingungen gesetzt. In einem Tarifvertrag mit der Deutschen Telekom wurde ein Beweis für die Funktionsfähigkeit und Bedeutung der Tarifautonomie geliefert. Ver.di ist es gelungen, langfristigen Schutz und unmittelbare Beschäftigungswirkung miteinander zu verknüpfen.

Die Arbeitsplatzsicherung ist der bedeutendste Bestandteil des Abschlusses.

Erster Eckpfeiler ist der langfristige Kündigungsschutz mit dem Ausschluss betriebsbedingter Entlassungen bis zum 31. Dezember 2008.

Zweiter Eckpfeiler ist die Schaffung von 10.000 neuen Arbeitsplätzen, die durch die Einführung der 34-Stunden-Woche entstehen.

Dritter Eckpfeiler ist ein Moratorium, das die von der Deutschen Telekom für die nächsten Jahre bereits angekündigte weitere Arbeitsplatzverminderung verhindert.

Die Einführung der 34-Stunden-Woche erfolgte zum 1. März 04. Bisher galt bei der Deutschen Telekom die 38-Stunden-Woche. Es wurde ein Teillohnausgleich vereinbart. So werden bei 34 Stunden Arbeitszeit 35,5 Stunden bezahlt. Für 2,5 Stunden – das sind 6,57 Prozent des Bruttoentgelts – gibt es keinen Lohnausgleich. Die Monatsentgelte der Beschäftigten bleiben jedoch unangetastet. Stattdessen erfolgt

eine entsprechende Kürzung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes.

Ver.di hat im Übrigen durchgesetzt, dass zum 1. Januar 2005 eine Anhebung der Entgelte um 2,7 Prozent erfolgt. Gleichzeitig tritt zu diesem Zeitpunkt die dritte Stufe der Steuerreform in Kraft. Unter Berücksichtigung beider Faktoren dürfte sich bei vielen Telekom-Beschäftigten die Verkürzung der Arbeitszeit kostenneutral auswirken.

Sollte die 34-Stunden-Woche zur Sicherung von Beschäftigung in bestimmten Bereichen nicht ausreichen, kann im Einvernehmen zwischen Unternehmensleitung und einer unternehmensbezogenen Tarifkommission die Arbeitszeit sogar auf 32 Wochenstunden abgesenkt werden. Die Kosten sollen vom Unternehmen und von den betroffenen Beschäftigten jeweils zur Hälfte getragen werden. Dazu wurde ein Härtefallschutz vereinbart. 18 Millionen Euro hat das Unternehmen zunächst dafür zur Verfügung gestellt.

Die Beamtinnen und Beamten bei der Telekom werden in die neuen Tarifregelungen einbezogen. Dies gilt sowohl für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, als auch für die damit verbundenen entgeltsystematischen Wirkungen. Ohne diese Vereinbarung hätten sich entsprechend den Beschlüssen der Bundesregierung die Entgeltbedingungen für Beamte und Beamtinnen massiv verschlechtert.

Das Beschäftigungsbündnis bei der Deutschen Telekom ist ein gutes Beispiel für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplät-

zen. Es ist die richtige Antwort auf die Forderung der selbsternannten Arbeitsmarktexperten wie BDI-Präsident Rogowski, CDU-„Experte“ Merz oder FDP-Chef Westerwelle, die das System der Tarifautonomie angreifen und mit längeren Arbeitszeiten die Umverteilung von unten nach oben betreiben. Mit dem Telekom-Abschluss geben die Tarifvertragsparteien konkrete Antworten und eine Perspektive.

### **Tarifvertrag Telekom**

- Einführung der 34-Stunden-Woche mit Teilentgeltausgleich
- Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis zum 31.12.2008
- Schaffung von 10.000 neuen Arbeitsplätzen
- Erhöhung der Entgelte um 2,7 Prozent zum 1. 1. 2005
- Möglichkeiten für weitere Arbeitszeitverkürzungen in Problembereichen bis auf 32 Wochenstunden
- Tarifliche Vorrangregelung für die 4-Tage-Woche
- Entgeltsicherung für Teilzeitkräfte und finanzielle Anreize zur Arbeitszeitabsenkung
- Sonderregelungen für rentennahe Jahrgänge und Beschäftigte mit Altersteilzeitverträgen
- Einbeziehung von Beamten und Beamtinnen

Informationen: [www.verdi-tk-it.de](http://www.verdi-tk-it.de)

## Kultur: **Demokratie und Mitbestimmung**

Die Siegermächte, die Deutschland vom Faschismus befreit haben, hatten im Potsdamer Abkommen 1945 die Dezentralisation der deutschen Volkswirtschaft beschlossen. Das Land, das von einer Diktatur vergewaltigt worden war, musste einen demokratischen Weg der gesellschaftlichen Gerechtigkeit finden, so wurde u. a. die Neuordnung der Wirtschaft diskutiert. Der DGB hatte schon 1959 den Leitgedanken, dass die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit zu verwirklichen sei. Die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung sollte zu einem System einer Wirtschaftsdemokratie gehören. Der Hinweis auf geschichtliche Fakten ist eine Erinnerung an Erfahrungen, die auf Wurzeln gültiger Erkenntnisse aufmerksam machen. Geschichte hat einen hohen Stellenwert, wenn Wiederholungen vermieden werden müssen. Darum ist die Mitbestimmung, ihr Schutz und ihre Weiterentwicklung eine ständige Aufgabe der Gewerkschaften.

Zum Komplex einer demokratisch verfassten Gesellschaft gehören auch Kunst und Kultur. Ohne sie wäre jede Demokratie lebensunfähig, und kein Volk würde seine positive Identität finden. Keine unbekannte Erkenntnis für deutsche Gewerkschaften.

In den Grundsätzen zur Kulturpolitik und Kulturarbeit von 1981 fordert der DGB Kunst- und Kulturbeiräte in den Bundesländern und Kommunen. Sie wären nicht nur Ausdruck einer humanen und demokratischen Gesellschaft, sondern dazu sehr nützlich. Zwei nicht überalterte Bei-

spiele sollen zeigen, dass durch eine qualifizierte Mitsprache von Künstlern, Betroffenen und Vertretern von Kunst- und Kulturorganisationen, wie zum Beispiel ver.di, manche Peinlichkeiten und Fehlentscheidungen hätten vermieden werden können.

Der bekannte Filmemacher Werner Nekes hat in mühevoller Kleinarbeit eine weltweit anerkannte Sammlung von Geräten und Gegenständen zusammengetragen, die aus mehreren Einzelbildern bewegte Bilder reproduzieren können. Die optisch wahrnehmbaren Bewegungen dokumentieren die Entwicklungsgeschichte des Films und neue Wahrnehmungsfähigkeiten.

Diese Sammlung wurde der Stadt Mülheim an der Ruhr angeboten. Sie wäre ein kultureller Gewinn gewesen; es wären wissenschaftliche Dokumente öffentlich gemacht worden und hätten dem Ansehen der Kommune Pluspunkte eingebracht. Aber was geschah? Eine nicht so hochwertige Sammlung wurde angekauft, die den Bürgern als Alternative (mit Verwertungsplan eines Kunsthistorikers) beschrieben wurde. Verloren ging eine Erstklassigkeit, die vom Sammler hätte weiter betreut und entwickelt werden können. Manche Fragen blieben darum unzureichend beantwortet: Wie schätzt man eine wissenschaftliche Ausnutzung, ihre Auswertung, im Sinne kultureller Bildung ein? Welche inhaltlichen und entwicklungsfähigen Ziele wurden angedacht? Welche Qualitätsmerkmale bestimmten die Entscheidung?

Das zweite Beispiel berührt ein

sensibleres Thema. Die Stadt Stolberg in NRW hat ein Mahnmal, das an die Opfer des Nazi-Terrors erinnern soll, aufstellen lassen. Es war die Arbeit eines einheimischen Kunstschmieds. Dargestellt sind zwei ineinander verschlungene Hakenkreuze aus Stacheldraht. Paul Spiegel, der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, war empört. Er sah die Gefühle der Juden verletzt. Das „Symbol des Nazi-Regimes“, in welcher Form auch immer, kann keine angemessene Würdigung von Opfern sein. Im Juli 2003 veranstalteten ver.di, Bündnis 90 / Die Grünen und GruppeZ (Zukunft ohne Fremdenhass, Faschismus und Krieg) in Stolberg ein Symposium. Fachleute aus Gewerkschaft, Politik, Kunst und Wissenschaft, leider unter Abwesenheit verantwortlicher Lokalpolitiker, die die Teilnahme abgelehnt hatten, diskutierten die Problematik des Mahnmals. Die Widersprüche wurden benannt. Sie sind bis heute nicht beseitigt.

Diese kurz skizzierten Ereignisse, die viele weitere Schattierungen haben, belegen, dass Kunst und Kultur in gesellschaftliche Prozesse eingebunden sind. Ihre Freiheit zu entwickeln und zu schützen erfordert demokratische Strukturen. Sie müssen offene Dialoge mit inhaltlicher Vielfalt, die keine Einschränkungen anderer humaner Auffassungen und Lebensformen zulassen, möglich machen. Es sind noch viele Probleme unbenannt, die zum angesprochenen Thema gehören: Kunstförderung, Auftragsvergabe, Museen, Theater, Bücherei, öffentlicher Raum und vieles mehr.

Reinald Schnell

## Europas neue Sklaven

Sie kommen aus Nordafrika, Osteuropa und Lateinamerika; sie werden von Jobvermittlern angeworben, als Touristen eingeschleust und an Großbetriebe der spanischen Landwirtschaft „vermietet“.

Dort arbeiten sie illegal bei Wind und Wetter und vor allem bei glühendem Sonnenschein unter gigantischen Plastikbahnen zwischen Tomaten, Gurken und Paprikaschoten, die dann bei uns spottbillig angeboten werden. Kein Wunder, denn die Löhne der Ecuadorianer und Marokkaner, der Rumänen oder Ukrainer liegen weit unter dem EU-Mindestmaß von 5 Euro pro Stunde, und die dürftigen Unterkünfte der Arbeiter kosten die Plantagenbesitzer fast nichts.

Spanien, noch vor wenigen Jahrzehnten Auswanderungsland, ist inzwischen Einwanderungsland der Armen geworden – und für Viele das illegale Tor nach Mitteleuropa. Rassistische Ausbrüche gegenüber Lateinamerikanern und Nordafrikanern ändern daran ebenso wenig wie die verschärften Zuwanderungsregelungen der EU.

Dass Polen seit etlichen Monaten dieser Union angehört, hat für polnische Saisonarbeiter bislang ebenfalls wenig geändert. Volle Rechte erhält der neue Mitgliedsstaat erst nach einer Übergangsfrist. Und bis dahin verbringen viele Polen ihren Jahresurlaub weiterhin als legale Hilfskräfte bei der Apfel-ernte am Bodensee oder bei der

Weinlese an Rhein und Mosel. Viele von ihnen sind polnische Kleinbauern, deren Höfe durch den EU-Beitritt ihres Landes kaum überleben können. Was die 300.000 Saisonarbeiter in der deutschen Landwirtschaft alljährlich in sechs Wochen verdienen, rettet manchem von ihnen die Existenz – wenigstens vorläufig.

Daneben gibt es die illegale Arbeit der so genannten Job-Nomaden. Sie kommen mehrmals im Jahr aus Ostpolen und fahren in einem regelrechten Pendelverkehr nach Brüssel. Dort arbeiten sie als Taxifahrer, Bauarbeiter oder an sieben Putzstellen pro Tag – schwarz und (wie *arte* dokumentiert hat) auch bei führenden Mitarbeitern europäischer Institutionen. Jeder profitiert davon und schweigt.

CF

### Georges W. Bush

#### Der Lügenpräsident

„Die Vereinigten Staaten fühlen sich dem Ziel verpflichtet, die Folter weltweit abzuschaffen, und wir gehen in diesem Kampf mit gutem Beispiel voran. Ich rufe alle Regierungen auf, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten und allen dem Recht verpflichteten Staaten sämtliche Folterhandlungen zu verbieten, zu ermitteln und zu verfolgen und alles zu tun, um andere grausame und anormale Bestrafungsmethoden zu unterbinden“.

*Georges W. Bush in der Tageszeitung The Washington Post am 27. Juni 2003*

## Ausbildungspakt gescheitert

Bundesregierung und die vier Spitzenverbände der Wirtschaft haben kürzlich einen dreijährigen Ausbildungspakt geschlossen. Darin setzen sich die Unternehmer das „verbindliche Ziel“, im Jahresdurchschnitt 30.000 neue Lehrstellen zu mobilisieren. Sanktionen gegen Betriebe, die nicht ausbilden, wird es im Unterschied zur „Umlage“ nicht geben.

Alle Prognosen deuten darauf hin, dass der Ausbildungspakt nicht den gewünschten und versprochenen Erfolg hat. Das Bundesinstitut für Berufsbildung erwartet sogar, dass die Zahl der Jugendlichen, die in keine Ausbildung vermittelt werden können, in diesem Jahr noch höher sein wird als 2003. Ende August standen 182.100 noch nicht vermittelten Jugendlichen lediglich 50.300

unbesetzte Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Lücke von 131.800 fehlenden Lehrstellen ist damit um 18.700 größer als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt (plus 16.700 im Westen, plus 1.900 im Osten). Im vergangenen Jahr waren Ende September noch 20.000 Bewerber/innen unversorgt.

Auch die 31 neuen Ausbildungsordnungen, die am 1. August in Kraft getreten sind, haben die Ausbildungsbereitschaft vieler Betriebe nicht gefördert. Darunter sind auch drei neue Berufe, für die auf Wunsch der Unternehmer eine auf zwei Jahre verkürzte Ausbildung festgelegt wurde: Fahrradmonteur, Krafffahrzeug-Servicemechaniker sowie Maschinen- und Anlagenführer.



## Siemens und die Folgen

Tarifrabatte werden immer öfter vereinbart. Den so genannten Ergänzungstarifvertrag, den die IG Metall mit der Firma Siemens abgeschlossen hat, nutzen nun verstärkt auch viele andere Betriebe.

„Gut fünf Monate nach Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages haben die Verbände der Metall- und Elektroindustrie mit der IG Metall für rund 70 Unternehmen einen Ergänzungstarifvertrag vereinbart und sind damit von den tariflichen Regelungen abgewichen“, hat (lt. Tageszeitung *Die Welt*) Gesamtmetall-Boss Martin Kannegiesser erklärt. In einer viel höheren Zahl von Fällen lägen den Tarifparteien Anträge vor.

Am häufigsten werden tarifliche Sonderzahlungen, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, gekürzt, Lohnerhöhungen ausgesetzt oder Überstundenzuschläge gestrichen. „Arbeitszeitverlängerungen wurden mit und ohne Lohnausgleich vereinbart. Zudem gibt es auch eine Reihe von Vereinbarungen, die besonders

Qualifizierten erlauben, mehr als 40 Stunden in der Woche zu arbeiten“, stellt der Gesamtmetall-Vorsitzende in seiner Zwischenbilanz fest.

Kannegiesser: „Von den bisher bei Gesamtmetall dokumentierten Fällen der Umsetzung entfallen 22 Prozent auf Betriebe mit weniger als 200 Beschäftigten, weitere 37 Prozent auf Betriebe mit mehr als 200 bis 500 Beschäftigten und noch einmal 20 Prozent auf Betriebe mit 500 bis 1.000 Beschäftigten. Nur gut 20 Prozent der Betriebe, die den neuen Ergänzungstarifvertrag bisher in Anspruch genommen haben, beschäftigen mehr als 1.000 Mitarbeiter.“

Die IG Metall habe sich bei den betrieblichen Verhandlungen in der Hälfte der Fälle konstruktiv verhalten, „aber sehr häufig auch den Prozess verzögert“. Einer von zehn Fällen konnte nicht gelöst werden. Kannegiessers Wunsch: „Es bleibt die Hoffnung auf eine neue betriebliche Kultur der gemeinsamen Anstrengung.“

(Zitate aus *Die Welt* vom 13.9.2004)

\* \* \* \*

### Buchtipps

Jörg Huffschmid /Hrsg.)

**Die Privatisierung der Welt**  
Hintergründe, Gegenstrategien.  
Reader des wissenschaftlichen Beirats von Attac  
VSA-Verlag, 240 Seiten, 14,80 €

Die Privatisierung der Welt ist die Hauptlinie der neoliberalen Strategie gegen den Sozialstaat. Sie entzieht immer mehr Bereiche des Lebens einer demokratischen Gestaltung und unterwirft sie dem Diktat der Rentabilität

und dem Recht des Stärkeren. Nach Strom, Gas, Telefon und Eisenbahnen stehen jetzt auch Kernbereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheit und Alterssicherung, ja die Natur selbst zur Privatisierung an.

Die AutorInnen dieses Buches, das der wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland herausgegeben hat, analysieren die Hintergründe, Formen und Folgen der Privatisierung und des Kampfes für den Erhalt und die Festigung der öffentlichen Güter.

### Kommentar

#### **Abweichler**

Demokratie lebt von der Auseinandersetzung. Politische Entscheidungen erfordern offene Debatten in Parteien und der weiteren Öffentlichkeit. Die meisten Beschlüsse werden jedoch von Bürokraten und hoch bezahlten Beratern vorbereitet, für die diese dann allerdings Verantwortung nicht übernehmen müssen. Lobbyisten haben oft mehr Einfluss auf die Politik als die Parlamentarier. Das politische Establishment reagiert in der Regel empfindlich auf jede Kritik. Wer zum Beispiel in der SPD gegen die Politik des Kanzlers auftritt, gilt als Abweichler, Störenfried, Betonkopf, Querulant. Der Zwang zur Fraktions- bzw. Parteidisziplin ist inzwischen zum Normalfall geworden, und Zivilcourage braucht, wer wirklich nur seinem Gewissen folgt. Folglich muss sich anpassen, wer politisch überleben oder Karriere machen will. Aber unsere Gesellschaft braucht keine Anpasser; sie braucht so genannte Abweichler, die gegen Parteiendiktat und Medienmeinung mehr Demokratie wagen!

Franz Kersjes

### **Impressum:**

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt: Franz Kersjes, Abendrothstraße 5, 50769 Köln, Telefon: 0171 - 5 26 65 35, Mail: [franz.kersjes@koeln.de](mailto:franz.kersjes@koeln.de)  
Die Welt der Arbeit erscheint kostenlos nach Bedarf und wird im Internet veröffentlicht. [www.weltderarbeit.de](http://www.weltderarbeit.de)  
Nachdruck erwünscht.  
Beiträge von Gastautoren stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar.